

Netzwerk Rassismuskritische Migrationspädagogik BW

Sondernewsletter zur aktuellen Migrationsdebatte im Bundestagswahlkampf und zu einem Aufruf des Netzwerks Februar 2025

Editorial

„**Wie das Reden über Migration das Schweigen über gesellschaftliche Herausforderungen organisiert**“. Das war unser Gedanke, als nach dem tödlichen Anschlag von Aschaffenburg der Bundestagswahlkampf endgültig in eine immer offener rassistische Debatte zum Thema Migration kippte und auch neue und immer krassere Verschärfungen in Asyl und Migrationsrecht auf den Weg gebracht wurden.

Es ist kein neuer Gedanke und es ist keine neue Erfahrung, dass es möglich ist, solche Ereignisse ohne einen tatsächlichen sachlichen Hintergrund für die eigene politische Agenda zu nutzen. Zugleich erinnern wir uns an den **Bundestagswahlkampf 1990**. Der SPD-Kandidat Oskar Lafontaine warnte vor der Bedrohung des ‚sozialen Netzes‘ durch die Familien von Aussiedler*innen. Der CDU-Ministerpräsident von Baden-Württemberg Lothar Späth führte verstärkte Grenzkontrollen ein und forderte mit Vokabeln wie ‚Zeitbombe‘ und ‚Flächenbrand‘, den Anspruch auf Asyl abzuschaffen, Edmund Stoiber (CSU) polemisierte gegen Asylbewerber*innen, durch die aus Deutschland eine „durchrasste und durchmischte Gesellschaft“ würde. In der Folge, so zeigten kurze Zeit später Untersuchungen, warfen sehr viele Wähler*innen alle neu ins Land kommende Menschen in einen begrifflichen Topf und lehnten sie als ‚Ausländer*innen‘ ab. Die aggressiven öffentlichen Diskurse gegen die ‚Neuankommende‘ trugen erheblich dazu bei, dass es u.a. in Hoyerswerda, Rostock-Lichtenhagen, Mölln und Solingen zu rassistisch motivierten Gewalttaten und tödlichen Brandanschlägen gegen Menschen mit Migrationsgeschichte kam. Die Brandstifter saßen auch damals schon auf beiden Seiten der Brandmauer. Nun haben CDU, FDP und BSW sich gemeinsam der AfD die politische Anerkennung gegeben, wen wundert es. Zu dieser gefährlichen politischen Entwicklung hat sich in den letzten Wochen jedoch ein **breiter Widerstand** gebildet. Dies findet auch Ausdruck in sehr **wichtigen Aufrufen und Texten**, von denen wir **im zweiten Teil dieses Sondernewsletters** einige dokumentieren.

Sondernewsletter „Rassismuskritische Migrationspädagogik“

Im ersten Teil stellen wir verschiedene Aktivitäten vor, mit denen sich das Netzwerk – nach längerer Pause – aus einer migrationspädagogischen, sozialarbeiterischen, rassismuskritischen Perspektive **in die Debatte einmischen** will. Wir sind zum einen davon überzeugt, dass wir aus unserer professionellen Perspektive einen wichtigen Beitrag zu einer gesellschaftlichen Debatte leisten können und durch unser Mandat dazu auch verpflichtet sind. Uns ist zum andern bewusst, dass wir auch in unseren eigenen Handlungsfeldern nicht davor gefeit sind, dass sich mächtige gesellschaftliche Narrative und reelle gesellschaftliche Veränderungen auch in unserer eigenen Arbeit reproduzieren.

Der **Aufruf „Wie das Reden über Migration das Schweigen über gesellschaftliche Herausforderungen organisiert“** richtet sich daher zuvorderst auch an Verbände, Institutionen, Organisationen und Netzwerke aus der Sozialen Arbeit, Beratung und Bildung mit der Aufforderung, sich damit auseinanderzusetzen und sich dem Aufruf anzuschließen.

Am 18.2. werden wir zu den Positionen und Gedanken des Aufrufs eine **Online-Veranstaltung** organisieren.

Wie brandgefährlich die aktuelle politische Entwicklung ist, haben wir wieder in den Wochen nach der Amokfahrt von Magdeburg gesehen, als es in den Wochen danach zu unzähligen rassistischen Übergriffen auf als Migrant*innen gelesene Personen kam. Das Netzwerk hat mit dem Antidiskriminierungsverband Deutschland dazu eine **virtuelle Solidaritätskundgebung** mit beeindruckenden Beiträgen organisiert. Der Podcast steht nun zur Verfügung.

Herzlichen Dank an Annita Kalpaka und Rudolf Leiprecht für die Mitarbeit an diesem Sondernewsletter.

Dieser Sondernewsletter enthält ausschließlich Beiträge zur aktuellen Situation. Wir werden in Bälde den gewohnten regulären Newsletter veröffentlichen.

Liebe Grüße

das Redaktionsteam

Das Netzwerk Rassismuskritische Migrationspädagogik Baden-Württemberg versteht sich als Forum von Menschen aus den Feldern Soziale Arbeit, Schule, Bildung/Weiterbildung, Hochschule sowie angrenzenden Professionen, die sich fachlich und (fach-)politisch in den Feldern Soziale Arbeit, Schule, Weiterbildung – und auch darüber hinaus – einmischen und dort Rassismus selbststärkend, reflexiv-kritisch und wenn nötig auch skandalisierend zum Thema machen.

Das Netzwerk informiert mit diesem Newsletter Interessierte in Abständen von circa zwei Monaten über aktuelle Entwicklungen, Veranstaltungen und Publikationen in den Feldern der Rassismuskritik und Migrationspädagogik.

Der Newsletter erreicht bundesweit über 2300 Adressen und wird weitgehend ehrenamtlich erstellt. Die Auswahl der Beiträge lebt auch von den Empfehlungen (info@rassismuskritik-bw.de), die bei uns eingehen, und hat keinen Anspruch auf Vollständigkeit.

Redaktion: Andreas Foitzik, Sabine Pester und Axel Pohl

Inhaltsverzeichnis

Aktuelle Aktivitäten des Netzwerks	5
Aufruf: Wie das Reden über Migration das Schweigen über gesellschaftliche Herausforderungen organisiert. 5	
Online-Veranstaltung: Wie das Reden über Migration das Schweigen über gesellschaftliche Herausforderungen organisiert.....	9
Podcast: Solidarität mit den Opfern rassistischer Übergriffe in Magdeburg	10
Gastkommentare.....	11
Mund aufmachen – Weil: Rassismus tötet!	11
Gedanken zum Holocaustgedenktag 2025	13
Eine Resonanz.....	15
Weitere Kampagnen und Aufrufe	17
#ihrhabtangefangen #EinTagOhneUns	17
Für ein politische Orientierung an Fakten und der historischen Verpflichtung auf die Menschenrechte	17
Pass(t) uns allen – Kampagne für ein gerechtes Staatsbürgerschafts-, Einbürgerungs- und Wahlrecht	17
Für eine evidenzbasierte, rationale Kriminalpolitik	17
Schäbig und rechtswidrig: Gesetzentwurf zur Abschaffung des Familiennachzugs.....	18
Texte	19
Soll ich in Ostdeutschland bleiben, brauche ich ein Rassismusbegrenzungs-gesetz	19
Trumpismus made in Germany.....	19
Die Lehren von Auschwitz: Das Versprechen von Schutz und Rechtsstaatlichkeit	19
Friedrich Merz fällt auf den Psychotricks der AfD herein	20
Aus dem Abseits in die Mitte der Demokratie - Die Normalisierung der radikalen Rechten im Bundestag und ihre Konsequenzen	20
Jenseits geltenden Rechts.....	20
Migration und Demokratie - Ein Kommentar aus Sicht der Migrationsforschung	21
Migration im Wahlkampf krass überbewertet	21
AfD, heimlicher Wunsch der Mehrheitsgesellschaft.....	21
Zwischen Migrationsabwehr und Arbeitskräftemangel. Anmerkungen zur aktuellen Debatte.....	22
Meldungen	23
„Problem der psychischen Erkrankungen ein Stück weit hausgemacht“	23
„Große Defizite“ - Betreuung von traumatisierten Flüchtlingen reicht nicht	23
„Der Schaden ist bereits entstanden“	23
Zu den CSU-Plänen zum Umgang mit psychisch Kranken	24
Mehr politisch motivierte Straftaten gegen Flüchtlingsheime	24
Chancen für AfD-Verbot in Karlsruhe	24
10 Punkte Plan – Humanität durch Sozialstaat	25
Die AfD als Aussteller auf Europas größter Bildungsmesse	25
Weiterführende Quellen	26
Der Real-O-Mat.....	26

Sondernewsletter „Rassismuskritische Migrationspädagogik“

WAHLTRAUT.....	26
Argumente gegen typische Vorurteile	26
Argumente gegen rechten Populismus.....	26
Argumente gegen die AfD.....	26
Strategien gegen Stammtischparolen.....	27
Zahlen zu Sicherheit und Migration.....	27
Bildungsstätte Anne Frank zur Einordnung der BSW	27
Wann beginnt Faschismus?	27
Argumente explizit gegen die AfD	28
Reader der RosaLux Stiftung zu Gesprächsstrategien gegen rechte und diskriminierende Aussagen	28

Aktuelle Aktivitäten des Netzwerks

Aufruf: Wie das Reden über Migration das Schweigen über gesellschaftliche Herausforderungen organisiert.

Eine migrationspädagogische Stellungnahme

***Wie viele andere Menschen** sind wir erschrocken und besorgt angesichts der eskalierenden Debatte um Migration im aktuellen Bundestagswahlkampf. Wie viele andere Menschen sind wir erschrocken und besorgt, wie durch eine zunehmende Angleichung der Politik an die AfD-Programmatik kaum mehr eine Partei die Migrationsgesellschaft sowie die Grund- und Menschenrechte offensiv verteidigt. Wie viele andere Menschen solidarisieren wir uns mit all den Menschen, die aufgrund der verallgemeinernden Stereotypisierungen und Hetze in den letzten Wochen von rassistischen Übergriffen betroffen sind. Dabei ist dieses ‚Wir‘ kein einheitliches. Viele von uns sind selbst bedroht von rassistischen Angriffen und Gesetzesverschärfungen, viele von uns sind dies nicht oder zumindest nicht in gleicher Weise.*

***Als Pädagog_innen und Vertreter_innen der Sozialen Arbeit**¹ sehen wir es als unseren professionellen Auftrag, diesen Entwicklungen entgegenzutreten und mit allen Möglichkeiten, die uns zur Verfügung stehen, in Vertretung der Adressat_innen sowie in Solidarität mit von Übergriffen und Gesetzesverschärfungen betroffenen Kolleg_innen uns für die Rechte aller Menschen einzusetzen.*

Wir beobachten mit großer Sorge, **wie immer mehr das Reden über Migration das Schweigen über tatsächliche soziale und gesellschaftliche Herausforderungen ‚organisiert‘**. Die Reaktionen in Politik und Medien nach der tödlichen Amokfahrt in Magdeburg sowie dem tödlichen Angriff auf eine Kindergruppe in Aschaffenburg sehen wir als Blaupause eines Narrativs, das seit vielen Jahren tief in unserer Gesellschaft verankert ist. Ein Narrativ, das ermöglicht, jedes Problem in der Gesellschaft als Folge von Migration zu beschreiben, ohne dass dafür ein sachlicher Zusammenhang aufgezeigt werden muss. Rassistisch pauschalierende Bilder können jederzeit aktiviert werden. Dies führt dazu, dass weitere Fragen, die meist wesentlich relevanter sind, nicht mehr gestellt oder ausgeklammert werden.

All dies hat weitreichende Konsequenzen und muss uns auch in unseren professionellen Zusammenhängen systematisch beschäftigen, denn:

1. Ganz unmittelbar von den aktuellen Diskursen und den angestrebten Gesetzesverschärfungen betroffen sind die als ‚Sündenböcke‘ konstruierten Anderen,

¹ Sowie als Kolleg_innen, die in Bildungseinrichtungen, Beratungsstellen, Jugend- bzw. Erziehungshilfeeinrichtungen arbeiten oder sich in der beruflichen Aus- und Weiterbildung und an Hochschulen und Universitäten mit der Thematik befassen.

die im Alltag eine zunehmende Normalisierung von rassistischen Zuschreibungen bis hin zu gewalttätigen Übergriffen erfahren.

2. Die so geframten gewaltvollen Handlungen werden von den Akteur_innen politischer Parteien instrumentalisiert; dies führt dazu, dass eine immer weitergehende Entrechtung von Geflüchteten und migrantisierten Menschen öffentlich gefordert wird.
3. Durch die Verschiebung des Diskurses wird der zunehmende Abbau von psychosozialen, beratenden und unterstützenden Angeboten in der Flüchtlingssozialarbeit, sowie in vielen anderen Feldern sozialer und pädagogischer Arbeit, ermöglicht.
4. Aber auch wir selbst, die professionellen Akteur_innen in den Handlungsfeldern Sozialer Arbeit, Bildung und Beratung, sind von diesen Diskursen beeinflusst und nicht davor gefeit, in konkreten Einzelfällen aufgrund einer zu schnellen, nahegelegten Antwort nicht mehr nach allen relevanten Hintergründen zu fragen.
5. Nicht zuletzt ermöglicht dieses Narrativ – wie wir in den letzten Tagen erleben durften – eine Verschiebung des politisch Möglichen und eine schleichende Aushöhlung der Bedeutung von Grund- und Menschenrechten.

Daher erklären wir, dass wir

1. ... alles in unseren Möglichkeiten Stehende tun wollen, um die **physische und psychische Unversehrtheit unserer Adressat_innen zu verteidigen**, wenn sie gewalttätige Übergriffe erleben oder aufgrund von Gesetzesverschärfungen mit existentiellen Unsicherheiten und Ausgrenzungen konfrontiert sind. Dies schließt auch die Unversehrtheit der eigenen Kolleg_innen in heterogenen Teams sowie den Schutz von migrantischen Selbstorganisationen mit ein.
2. ... öffentlich unsere Perspektive einbringen wollen und uns beispielsweise nach Vorfällen wie in Aschaffenburg der **Pauschalierung und Ethnisierung der Debatte entgegenstellen**, um andere Fragen zu Gehör zu bringen (etwa nach der Qualität der psycho-sozialen Versorgung auch von Geflüchteten), andere fachliche und rechtliche Hintergründe herauszuarbeiten und damit auch dem Abbau von Rechten für Geflüchtete und weiteren vulnerablen Gruppen entgegenzuwirken.
3. ... dem Abbau **von Leistungen in der Flüchtlingssozialarbeit und anderen Bereichen der Arbeit mit Personen mit Migrationsgeschichte entgegenzutreten**, um eine Soziale Arbeit nach ethisch vertretbaren Standards und eine angemessene Versorgung von Geflüchteten zu ermöglichen.
4. ... in unseren Teams und Kollegien, aber auch in der Bildungsarbeit, den Vorlesungen und Seminaren, die **eigene Arbeit kritisch reflektieren** wollen, damit diese Pauschalisierungen und rassistischen Konstruktionen nicht unbemerkt in unseren Organisationen wirksam werden und sich in der Arbeit mit den Adressat_innen reproduzieren.
5. die **Grund- und Menschenrechte als unverhandelbares ethisches Prinzip moderner Gesellschaften und als eine Grundlage unserer Profession verteidigen** werden – wohlwissend, dass sie (leider) noch nie für alle Menschen gleichermaßen gegolten haben.

Sondernewsletter „Rassismuskritische Migrationspädagogik“

Um dem vorherrschenden Narrativ die Macht zu nehmen, müssen wir gemeinsam auch an anderen Narrativen arbeiten. Dazu gehört auch eine Idee dazu, wie es wäre

- in einer Gesellschaft zu leben, die nach Gewaltereignissen wie in Aschaffenburg sich Zeit nimmt, innezuhalten und aus Respekt für all die Menschen, die direkt oder indirekt davon betroffen sind, die Räume eröffnet, um gemeinsam zu trauern und sich gegenseitig zu stärken.
- in einer Gesellschaft zu leben, die allen Schutz und Sicherheit bietet (auch Geflüchteten und Migrant_innen); eine Gesellschaft, in der alle angstfrei und so sicher wie irgend möglich leben können; eine Gesellschaft, in der alle sich genau darum auch bemühen.
- in einer Gesellschaft zu leben, die alle zur Verfügung stehenden Mittel nutzt, um soziale Gerechtigkeit herzustellen, für alle; eine Gesellschaft, die schließlich auch den Menschen unterstützend zur Seite steht, die in prekären, marginalisierenden und krisenhaften Verhältnissen krank geworden sind.

Wir wollen mit dieser Stellungnahme dazu beitragen, die Debatte auf eine fachlich-professionelle Grundlage zu stellen und damit auch angemessene politische Entscheidungen zu befördern.

Netzwerk rassismuskritische Migrationspädagogik

Redaktion: Andras Foitzik, Isabelle Ihring, Annita Kalpaka, Rudolf Leiprecht, Claus Melter, Ayça Polat

Einrichtungen, Organisationen und Verbände der Sozialen Arbeit, der psycho-sozialen Beratung und der Bildung (incl. der fachlichen Aus- und Weiterbildung) fordern wir auf, sich mit der Unterzeichnung dieser Stellungnahme öffentlich dieser Position anzuschließen.

Unterschreiben unter: <https://www.rassismuskritik-bw.de/aufruf2025/>

Kontakt: newsletter@rassismuskritik-bw.de

Erstunterzeichnende aus dem Netzwerk und dem Umfeld des Netzwerks

1. Melahat Altan, Dipl. Sozialpädagogin, Sindelfingen
2. Dipl.-Päd. Güler Arapi, Hochschule Bielefeld
3. Prof. Dr. Iman Attia, Alice Salomon Hochschule Berlin
4. Prof. Dr. Maisha M. Auma, Erziehungswissenschaftlerin, Berlin
5. Prof. Dr. Tarek Badawia, Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg, DIRS
6. Bernhard Beier-Spiegler, Dipl. Sozialarbeiter (FH), Systemische Beratung, Trainer und Berater, i.R.
7. Paula Bock, Katholische Fachschule für Sozialpädagogik, Freiburg
8. Prof. Dr. María do Mar Castro Varela, Alice Salomon Hochschule, Berlin
9. Marie Chadli-Schneider, Sonderschullehrerin, Rottenburg
10. Lalitha Chamakalayil, Fachhochschule Nordwestschweiz, Hochschule für Soziale Arbeit, Institut Kinder- und Jugendhilfe, Muttenz, Schweiz
11. Katharina Debus, freiberufliche Referentin, Autorin und Beraterin, Berlin
12. Susanne Dieing, Stadt Freiburg, Amt für Migration und Integration
13. Ansgar Drücker, Vorsitzender Flüchtlinge willkommen in Düsseldorf e.V.
14. Sabine Eulerich, Dipl.Pädagogin, adis e.V. Tübingen
15. Dr.'in Fatoş Atali-Timmer, CMC/Universität Oldenburg

Sondernewsletter „Rassismuskritische Migrationspädagogik“

16. Mona Golla, ZBBS Kiel
17. Saraya Gomis, Berlin
18. Jutta Heppekausen, Supervisorin, Psycho- Soziodramaleiterin, Playbacktheater-Trainerin in freier Praxis
19. Prof. Dr. Till-Sebastian Idel, Institut für Pädagogik, Universität Oldenburg
20. Josephine Jackson, adis e.V. – Antidiskriminierung – Empowerment-Praxisentwicklung, Tübingen
21. Dr. Margarete Jäger, Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung (DISS)
22. Prof'in Dr. Birgit Jagusch, Köln
23. Dipl.Päd. Olaf Jantz, klz. Gesprächstherapeut (GwG), Jungenbildungsreferent bei mannigfaltig e.V. - Institut für Jungen- und Männerarbeit -Hannover, Vorstand Bundesarbeitsgemeinschaft Jungen*arbeit Deutschland
24. Ann-Marie Kaiser, Supervisorin, Tübingen
25. Prof. Dr. Yasemin Karakaşoğlu, Fachgebiet Bildung in der Migrationsgesellschaft, Universität Bremen
26. Katja Kinder, Geschäftsführerin, RAA Berlin
27. Beate Kuisle, Sozialarbeiterin, Stadt Ulm / SO Projekt Geflüchtete
28. Susanne Lehmann, Dipl. Sozialpädagogin (FH), Kinder- und Jugendbüro Eislingen/Fils, BruderhausDiakonie
29. Jun. Prof'in Dr. Susanne Leitner, Pädagogische Hochschule Ludwigsburg, Fakultät für Teilhabewissenschaften
30. Prof. Dr. Helma Lutz em. Goethe Universität Frankfurt
31. Prof. Dr. Paul Mecheril, Universität Bielefeld
32. Prof. Dr. Astrid Messerschmidt, Bergische Universität Wuppertal/Institut für Erziehungswissenschaft.
33. Katrin Muckenfuss, Dipl. Päd./MA Community Development, Freies Institut für Theorie und Praxis Sozialer Arbeit e.V.
34. Dr. Inga Oberzaucher-Tölke, Konstanz
35. Sabine Pester, Diplom-Sozialpädagogin (BA), Oberstenfeld
36. Prof. Dr. Melanie Plößler, Hochschule Bielefeld
37. Prof. Dr. Axel Pohl, Ostschweizer Fachhochschule
38. Prof. Dr. Nivedita Prasad, Alice Salomon Hochschule, Berlin
39. Prof.in Dr.in Claudia Rademacher Hochschule Bielefeld
40. Professorin emerita, Nora Räthzel, Canyelles (Spanien), Umeå Universität (Schweden)
41. Prof. Dr. Angela Rein, Muttenz, Hochschule für Soziale Arbeit FHNW
42. Prof. Dr. Christine Riegel, Pädagogische Hochschule Freiburg, Abteilung Sozialpädagogik
43. Olivia Sarma, Frankfurt/ Crespo Foundation
44. Prof.in Dr. Karin E. Sauer, Duale Hochschule Baden-Württemberg Villingen-Schwenningen Fakultät Sozialwesen
45. Dr. Wiebke Scharathow, Abteilung Sozialpädagogik, Pädagogische Hochschule Freiburg
46. Prof. Dr. Albert Scherr, Pädagogische Hochschule Freiburg, Institut für Soziologie
47. Prof. Dr. Karin Scherschel, Katholische Universität Eichstätt-Ingolstadt, Zentrum Flucht Migration
48. Dr. Sarah Schilliger, Interdisziplinäres Zentrum für Geschlechterforschung, Universität Bern
49. Prof.in Dr.in Barbara Schramkowski, Duale Hochschule Baden-Württemberg
50. Prof.in Dr.in Erika Schulze Hochschule Bielefeld
51. Melanie Schweizer, Sozialpädagogin, IN VIA Freiburg e.V.
52. Prof. Dr. Susanne Spindler, Hochschule Düsseldorf
53. Prof. Dr. Barbara Stauber, Institut für Erziehungswissenschaft, Universität Tübingen.
54. Prof. Dr. Beate Steinhilber, "Bündnis für Asyl, Menschenwürde und Verantwortung", Nürtingen
55. Prof.'in Dr. Nadine Sylla, Evangelische Hochschule Ludwigsburg
56. Dr. Markus Textor, Pädagogische Hochschule Freiburg, Institut für Erziehungswissenschaft
57. Ulrike Thrien, freie Referentin, Tübingen
58. Prof. Dr. Vassilis S. Tsianos, FH Kiel

Online-Veranstaltung: Wie das Reden über Migration das Schweigen über gesellschaftliche Herausforderungen organisiert.

Eine migrationspädagogische Einmischung am 18.2.2025, 18 -19.30 Uhr

Mit **Statements** von: Gilda Sahebi, Prof. Dr. Isabelle Ihring, Prof. Dr. Ayça Polat, Prof. Dr. Rudolf Leiprecht, Valeria Hänsel (medico international)

Und einem **Panel** mit: Anikó Zeisler (BAG der Psychosozialen Zentren für Flüchtlinge und Folteropfer e. V., Aras Badr (LAMSA), Christiane Tursi (Migrationsberatung, verikom gGmbH Hamburg), Prof. Dr. Annita Kalpaka, Prof. Dr. Isabelle Ihring und Prof. Dr. Claus Melter

Die erneuten Zuspitzungen der politischen und medialen Diskurse um Migration und Asylgesetzgebungen im aktuellen Bundestagswahlkampf sind erschreckend und besorgniserregend. Sie haben außerdem direkte Auswirkungen auf rassifizierte Menschen und Geflüchtete, da diskursive Entmenschlichungen auf anderen Ebenen zu Taten werden.

Mit dieser Veranstaltung wollen wir uns als Pädagog_innen und Verteter_innen der Sozialen Arbeit (und alle anderen Berufsgruppen, die in diesem Feld arbeiten) in diese Debatte einmischen und dies aus unserem Professionsverständnis heraus begründen. Wir wollen damit auch in unserem eigenen professionellen Handeln einen bewussteren Umgang mit der aktuellen Migrationsdebatte anregen.

Wir fragen uns: Was hat sich bisher bewährt und was können wir darüber hinaus tun,

- um Solidarität mit den Betroffenen von rassistischen Angriffen und Ausgrenzungen zu organisieren?
- um der zunehmenden Entrechtung von Geflüchteten und anderen vulnerablen Gruppen entgegenzutreten?
- um den durch diese Debatte legitimierten Abbau sozialer Angebote und Unterstützungsleistungen entgegenzuwirken?
- dass sich gesellschaftlich starke Narrative nicht auch in unserer eigenen Praxis reproduzieren?

Auf diese Fragen haben wir noch keine fertigen Antworten. Die aktuellen Ereignisse haben auch bei uns zu unterschiedliche Emotionen und Reaktionen geführt und es braucht auch Raum für Unsicherheiten, Zweifel, Wut. Und dann auch Raum, uns zu organisieren, uns einzumischen, laut zu werden. Mit dieser Veranstaltung wollen wir dazu einen Beitrag leisten.

Link zur Veranstaltung:

<https://us06web.zoom.us/j/85394026516?pwd=DnGCSEJGFcLfwAEbLR0CR8K1OzVThi.1>

Veranstalter:

Netzwerk rassismuskritische Migrationspädagogik in Kooperation mit medico international.

Podcast: Solidarität mit den Opfern rassistischer Übergriffe in Magdeburg

Mitschnitt der virtuellen Kundgebung am 22.1.2025

Am 20.12. erschütterte ein schrecklicher Anschlag die Stadt Magdeburg. Eine Amokfahrt auf dem Weihnachtsmarkt forderte sechs Todesopfer und unzählige Verletzte, etliche schweben bis heute in Lebensgefahr. Ihnen und Ihren Angehörigen und Freund*innen gilt zuallererst unser tiefes Mitgefühl.

Aber was danach in Magdeburg passiert, findet weitgehend ohne öffentliche Anteilnahme statt. Obwohl der Täter, wie schnell bekannt wurde, selbst eine muslimfeindliche Motivation hatte und dem Gedankengut der AfD nahesteht, haben rechte Kreise es geschafft, den Anschlag für ihre Zwecke zu instrumentalisieren. Die Folge beschreiben die Berater*innen von LAMSA, dem Landesnetzwerk der Migrantenorganisationen in Sachsen-Anhalt mit Sitz in Magdeburg und Mitglied im Antidiskriminierungsverband Deutschland (advd):

„Seit der Todesfahrt auf den Magdeburger Weihnachtsmarkt ist die Zahl der rassistischen Vorfälle gegen Menschen bzw. Magdeburger*innen mit Migrationsgeschichte drastisch gestiegen. Sie reichen von rassistischen Beleidigungen bis hin zu Sachschäden und Vandalismus. Diese Erlebnisse haben bei den Betroffenen und deren Angehörigen sowie in der gesamten migrantischen Community ein erhöhtes Gefühl von Angst und Unsicherheit ausgelöst. Einige Mitglieder von LAMSA berichten, dass sie sich teilweise nicht mehr trauen, einkaufen zu gehen oder sich in öffentlichen Räumen zu bewegen“.

Kübra Gümüşay hat als Reaktion auf rassistische Übergriffe und Hatespeech vor einigen Jahren aufgefordert „Liebe zu organisieren“ gegen den Hass. Dies wollen wir mit dieser virtuellen Kundgebung tun. Mit Stimmen aus Magdeburg, die berichten, was sie seit dem 20.12. erlebt haben. Mit einer solidarischen Resonanz für die von Hass und Hetze betroffenen Menschen in Magdeburg und auch für unseren Kolleg*innen, die hier eine außergewöhnliche Arbeit leisten.

Inhalt

Berichte aus Magdeburg von Aras Badr (Antidiskriminierungsberatung), Lara Büttner (Mobile Opferberatung) und Mamad Mohamad (LAMSA)

Resonanz durch Kübra Gümüşay, Serpil Temiz Unvar (Bildungsinitiative Ferhat Unvar), Yasemin Soylu (Muslimische Akademie Heidelberg), Prof. Dr. Claus Melter, Prof. Dr. Rudolf Leiprecht, Nouara Chergui, Vorstand (VBRG e.V.), Eva Andrades (Antidiskriminierungsverband Deutschland)

Veranstalter

Antidiskriminierungsverband Deutschland und Netzwerk rassismuskritische Migrationspädagogik

Zum Podcast

<https://www.antidiskriminierung.org/aufzeichnungen-2>

Gastkommentare

Mund aufmachen – Weil: Rassismus tötet!

Ein dringender Appell – Anonym – Tübingen, 27. Januar 2025

Ich erinnere mich daran, wie mein Opa – ich war ein Kleinkind – mit seinen Kumpels über die Ausländer gelästert haben. Wie schlimm die alle sind. Alle Kategorien abgeklappert, aber am schlimmsten seien die N.. Damals war ich klein, ich habe mich unwohl gefühlt. Mein Opa war überzeugter Rassist, er hat die NPD gewählt. Aber ich hatte als Kind und Jugendliche nicht die Rolle und das Standing, um mich zu wehren.

Und ich erinnere mich, wie meine Uroma in ihrem Wohnzimmer saß und über „die anderen“ abgelästert hat. Aber der „Türk“, der sei ja besonders schlimm. Auch damals war ich ein Kind und habe mich schlecht gefühlt. Aber kann sich ein Kind gegen eine schwäbische Uroma wehren?

Als Jugendliche, als ich im Dating-Alter war, hat mich meine Oma gewarnt, dass ich vor den geflüchteten Männern besonders aufpassen soll. Kurz vor ihrem Tod hat sie mir erzählt, dass mindestens einer ihrer Ehepartner sie jahrelang psychisch misshandelt hat. Er war weiß und schwäbisch. Sind deswegen alle weißen schwäbischen Männer Misshandler?

Ich liebe meine Familie. Mein Opa hat mich geliebt. Meine Uroma hat mich geliebt. Meine Oma hat mich geliebt. Ihre Schwarze Enkelin. Es war halt diese schwäbische Liebe. Sparsam, ziemlich harsch, aber aus vollem Herzen. Meine Uroma und mein Opa sind gestorben, bevor ich alt genug war, mich gegen ihren Rassismus zu wehren. Wenn meine Oma abwertend über Geflüchtete sprach, habe ich es als junge Erwachsene ignoriert. Aber es macht mich bis heute traurig.

Ich fühle mich so sehr verbunden mit meinen schwäbischen Ahnen. Mein Opa hat mit mir die tollsten Ausflüge gemacht. In seinem Garten hatte ich die schönsten Zeiten als Kind. Meine Oma hat mich immer bekocht, das war ihre Art, ihre Liebe zu zeigen. Wir haben uns stundenlang über schwäbische Rezepte unterhalten. Weil über Politik zu sprechen, wäre wahrscheinlich schief gelaufen ...

Wenn ich über meinen deutschen Teil der Familie nachdenke, fühle ich mich warm und behütet. Gleichzeitig tut es weh und es wird mir kalt und unwohl.

Meine Urgroßeltern und Großeltern haben den Krieg überlebt. Mein leiblicher Uropa ist im Krieg gefallen. Meine Uroma hat ihn bis an ihr Lebensende vermisst. Sie hat mir immer erzählt, wie sie im Krieg fast verhungert sind. Meine Oma ist mit mir durch Rottenburg gelaufen und hat mir erzählt, wie es für sie als Kind war, sich in einem Bunker zu verstecken, während draußen Bombenalarm war. Ich weiß nicht, was meine Familie über den Nationalsozialismus dachte. Ich weiß nur, dass sie sich ihr Geld sehr hart erarbeitet haben. Ich weiß, dass sie aus einfachen Verhältnissen kamen, aber es geschafft haben, wohlhabend zu werden. Ich weiß auch, dass sie immer Angst hatten, dass irgendwo irgendwer ihnen etwas Böses wollte und ihnen etwas nehmen wollte. Und das waren immer „die Ausländer“, „die Geflüchteten“, „die Schwarzen“.

Ich frage mich oft, was ich meinen Vorfahr*innen heute sagen würde. Und ich bin mir nicht sicher. Wahrscheinlich würde ich mich bei ihnen bedanken, weil ich ohne sie nicht hier wäre. Ich würde meiner Uroma sagen, dass ich ihr Essen sehr gemocht habe. Und dass es mich als Kind belastet hat, wenn sie schlecht über „Ausländer“ gesprochen hat. Ich würde meinem Opa sagen, dass ich seine Liebe zu schätzen weiß. Aber dass seine rassistischen Sprüche (auch zu mir oder über mich) meinem Selbstbewusstsein

Sondernewsletter „Rassismuskritische Migrationspädagogik“

geschadet haben. Und dass er eigentlich ein sehr gutes, wohlhabendes Leben hatte und ihm niemand irgendetwas weggenommen hat.

Die Zeit kann ich nicht mehr zurückdrehen. Diese Gespräche kann ich nicht mehr führen. Es hat sich aber auch etwas geändert. Ich bin kein Kind mehr. Inzwischen habe ich meine Sprachfähigkeit gefunden. Daher appelliere ich an alle erwachsenen Menschen: Wir sind die Vorbilder für die jüngere Generation. Viele von uns sehen die aktuellen besorgniserregenden Entwicklungen. Wir kennen die Geschichten unserer Eltern und Großeltern aus erster Hand. Warum werden wir nicht laut? Warum nicht am Familientisch? Warum nicht am Arbeitsplatz? Warum nicht in der Öffentlichkeit? Ihr seid sprachfähige Erwachsene. Nutzt euer Privileg und seid Vorbilder. Werdet laut!

Es gibt viele Menschen in diesem Land, auch in dieser Stadt, die rassistisch denken und agieren. Zu oft hören wir weg. Zu oft sehen wir weg. Aber dieses Wegschauen und Wegsehen hat fatale Folgen. Menschen werden auf offener Straße rassistisch angegangen. Menschen fürchten um ihre Existenz. Es geht um Leben und Tod. Unsere Toleranz rechten Denkens hat zur Folge, dass Menschen in diesem Land Angst um ihr Leben haben. Wir überlegen, wohin wir im Notfall auswandern könnten. Auch wenn Tübingen sehr idyllisch ist. Auch hier gibt es Menschen, die Menschen wie mich und meine Familie verachten und nicht hier haben wollen. Wenn es jetzt nicht aufhört, werden wir bald auch in Tübingen um Menschen trauern. Trauern, weil sie abgeschoben wurden. Trauern, weil sie freiwillig ausgereist oder ausgewandert sind. Trauern, weil immer mehr Menschen rassistische Angriffe erleben. Trauern, weil Menschen sich für den Tod entscheiden werden.

Weil: Rassismus tötet.

Geschrieben von einer Schwarzen Deutschen aus Tübingen, die zum Schutz ihrer Familie den Text anonym veröffentlicht

Gedanken zum Holocaustgedenktag 2025

Ein persönlicher Brief von Rudolf Leiprecht am 27. Januar 2025

Liebe Freundinnen und Freunde, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Mitstreitende, heute ist der Holocaust-Gedenktag. Ich bin traurig darüber, dass damals so viel Schreckliches in solchen unfassbaren Ausmaßen und in dieser Grausamkeit geschehen ist, und ich trauere auch um meine niederländisch-jüdischen Familienangehörigen, die in Auschwitz-Birkenau zwischen 1942 und 1945 ermordet wurden. Ich habe sie nie kennengelernt, und auch nicht die Kinder und Kindeskinde, die vielleicht geplant waren, aber nicht mehr geboren werden konnten. Es sind viele aus unserer Familie verschwunden. Bestialisch ermordet.

Gleichzeitig bin ich auch traurig über die aktuelle Weltlage (die Liste ist lang: vom bestialischen Angriff der antisemitisch-sexistisch-autoritären Organisation Hamas am 7. Oktober 2023, und dann dem Vorgehen der israelischen Armee im Gaza, wobei die Gewalt in beiden Fällen vor allem die Zivilbevölkerung betraf, und zuletzt die Einsätze der israelischen Armee auf der Westbank und dem triumphalen Gebaren der Hamas bei der Geiselfreigabe; vom Machtwechsel hin zu einem Mehr an Extremismus, Nationalismus und Populismus in den USA über den russischen Angriffskrieg in der Ukraine, der von den Machthabern in Moskau mit gezielten Schlägen gegen die Zivilbevölkerung geführt wird; von den vielen Hinrichtungen und der brutalen Unterdrückung im Iran bis hin zum andauernden Bürgerkrieg im Sudan und jetzt den schweren Kämpfen im Osten der Demokratischen Republik Kongo; usw. usw.). All diese Toten, ihrem Leben durch brutale Gewalt entrissen, all diese Verletzten, all diese Trauerenden

Natürlich bin ich auch traurig angesichts der Geschehnisse in Europa und in Deutschland. In Europa beobachten wir z. B. den Regierungswechsel hin nach Rechtsaußen in den Niederlanden 2024 und vermutlich auch in Österreich 2025. Und in Deutschland nehmen z. B. in den letzten Jahren sowohl antisemitische als auch antimuslimische Ressentiments und Gewalttaten bis hin zum Mord zu (erinnert sei nebenm vielen anderen Taten an Halle 2019 und Hanau 2020). Die AfD erreicht 2024 bei den Landtagswahlen in Thüringen, Brandenburg und Sachsen jeweils um die 30 Prozent. Und gleichzeitig gibt es immer wieder Gewalttaten, die durch einen politisch-religiösen Fanatismus motiviert sind, einem Fanatismus, der auf problematische Lesarten des Islams zurückgreift, so etwa die tödlichen Messerangriffe in Duisburg (Anfang April 2023) oder in Solingen (Ende August 2024).

Daneben gibt es andere Gewalttaten im öffentlichen Raum, die sich nicht in dieser Weise einordnen lassen, zuletzt in Magdeburg und in Aschaffenburg. Und dazu dann die Reaktionen von den Wortführer:innen der politischen Parteien. Ich bin entsetzt.

Zugleich habe ich das Gefühl, dass alles, was ich im Verhältnis zum aktuellen Ernst der Lage tue, zu wenig ist. Und jetzt schreibe ich Euch, irgendwie hilflos, da es ja auch überflüssig ist, dass ich Euch dies schreibe, da Ihr vermutlich ohnehin so oder so ähnlich fühlt und denkt.

Ich habe eine Phantasie: Wenn wir nicht wüssten, dass der Gewalttäter von Aschaffenburg in Afghanistan geboren wurde, wenn wir also nur wüssten (was wir durch die Medien ja auch wissen, siehe z.B. Frankfurter Rundschau vom 24.01.2024), dass hier ein Verbrechen von einem psychisch instabilen Menschen verübt wurde, der in psychiatrischer Behandlung war, dann würden wir jetzt vermutlich über die Mängel bei den Behörden und vor allem im Gesundheitssystem reden. Es wäre eine Diskussion, so

Sondernewsletter „Rassismuskritische Migrationspädagogik“

meine Hoffnung, die nochmal zeigen würde, dass (trotz hoher Kosten) die psycho-soziale und gesundheitliche Versorgung in Deutschland erhebliche Mängel hat. Vielleicht würde sich hier (nach und nach) auch etwas verbessern. Das würde allen gut tun.

Und ein wenig aus meiner Phantasie heraustretend: Ich verstehe auch nicht, warum es besser sein soll, wenn ein afghanischer Flüchtling, der psychisch krank ist und eine Gefahr darstellt, nach Bulgarien abgeschoben werden soll. Nach dem Motto: Soll er doch dort gewalttätig werden. Sind bulgarische Kinder weniger wert? Ist dies europäische Solidarität? Müsste Deutschland stattdessen nicht viel mehr in Prävention und sein Gesundheitssystem investieren und als insgesamt immer noch sehr reiches Land dazu beitragen, dass zumindest das Risiko, dass dieser Mann gewalttätig wird, so klein wie irgend möglich ist?

Aber ich habe noch eine weitere Phantasie: Nehmen wir an, dass wir wissen (was wir durch die Medien ja auch wissen; siehe z.B. Tagesspiegel vom 23.01.2025), dass das zweijährige Kind, das in Aschaffenburg vom Gewalttäter mit einem Messer getötet wurde, einen sog. ‚Migrationshintergrund‘ hat, genauso wie das kleine Mädchen, das durch die Messerstiche des Gewalttäters schwer verletzt wurde? Stellen wir uns vor, dass Politiker:innen aller demokratischen Parteien sich in der Öffentlichkeit überaus betroffen zeigen und mit Nachdruck beklagen, dass ganz offenbar Familien nach Deutschland kommen, um hier Schutz zu suchen, stattdessen jedoch Kinder nach einer Gewalttat verlieren, dass es also für ihre Familien in Deutschland nicht sicher ist. Stellen wir uns vor, dass die Medien diese Äußerungen aufgreifen und daraus eine Hauptschlagzeile des Tages machen: „Schutz von marokkanischen und syrischen Familien in Deutschland muss verbessert werden!“

Die zuletzt genannte Phantasie erscheint in der gegenwärtigen Lage als sehr unwahrscheinlich. So etwas wird nicht passieren. Und bei der zuerst genannten Phantasie haben wir erlebt, dass vor allem über Migration und Verschärfungen des Asylrechts debattiert wird, kaum über das Gesundheitssystem und seine Mängel.

Was wir hier sehen: ‚Migrationshintergrund‘, ‚Flüchtling‘, ‚Ausländer‘ – oder wie in Aschaffenburg – afghanisch, marokkanisch, syrisch – lösen in der Politik und leider auch bei den demokratischen Parteien und vielen ihrer Wähler:innen Reflexe aus, die in sehr einseitiger Weise eine Bedrohung durch Migration und Migrant:innen hervorheben und gerade nicht das Schutzbedürfnis.

Das erste Statement des Bundeskanzlers Olaf Scholz, der bereits vor Jahren verkündete, dass „endlich im großen Stil“ abgeschoben werden muss (Titel der Wochenzeitschrift Spiegel vom 21.10.2023), betonte nach der Gewalttat in Aschaffenburg denn auch: „Das ist eine unfassbare Terror-Tat in Aschaffenburg“ (zitiert nach der Süddeutschen Zeitung vom 22.01.2025). Dabei hatte die Polizei zu diesem Zeitpunkt einen extremistischen Hintergrund schon ausgeschlossen. Und der Oppositionsführer Friedrich Merz will das Asylrecht bis zur Unkenntlichkeit verschärfen, gibt sich kompromisslos und legt eine Fünf-Punkte-Liste vor (AFP Deutschland 23.01.2025): „Wer diesen Anträgen zustimmen will, der soll zustimmen. Und wer sie ablehnt, der soll sie ablehnen. Ich gucke nicht rechts und nicht links. Ich gucke in diesen Fragen nur geradeaus.“ (Tagesschau vom 24.01.2025) Wissend, dass er eine Mehrheit im Bundestag zu diesen Plänen (<https://www.cdu.de/aktuelles/migration/politikwechsel-in-der-migrationspolitik/>) nur durch die Zustimmung der AfD erreichen wird, – also durch eine Partei, die vom Verfassungsschutz in Teilen als rechtsextrem eingeschätzt wird, den Holocaust als „Vogelschiss in der Geschichte Deutschlands“ verharmlost, auf ihrem letzten Parteitag den Begriff Remigration in ihr Programm aufgenommen hat (Deutschlandfunk vom 12.01.2025) und deren Vorsitzende einem Elon Musk erklärt, dass Hitler in Wirklichkeit Kommunist (also links) und keineswegs rechts gewesen sein.

Entsetzliche Gewalttaten – wie vor Kurzem in Solingen, Magdeburg und Aschaffenburg – werden von demokratischen Parteien oft so kommentiert, dass sie im Ergebnis eine stereotypisierende Verallgemeinerung befördern, die sich insgesamt gegen Migration und Migrant:innen richtet. Dies ist aber nicht harmlos, im Gegenteil. Das Zusammenleben in der Gesellschaft und das politische Klima in Alltag und Öffentlichkeit ändert sich.

Nach solchen Gewalttaten kommt es regelmäßig auch zu Angriffen auf Migrant:innen und ihre Selbstorganisationen. Und die demokratischen Parteien sind hier nicht unschuldig. Oft unterstützen sie durch ihre Thematisierungen, Reden und Vorschläge solche Verallgemeinerungen. Ein bestimmtes Negativbild gegenüber den Migrant:innen verfestigt sich auf diese Weise weiter, anstatt ihm entgegenzuwirken. Dies wird im Alltag der Gesellschaft wirksam, erhöht die soziale Kälte, die Polarisierung, den Hass und die Aggressivität.

Roman Kent, polnisch-amerikanischer Shoah-Überlebender, der 2021 verstorben ist und lange Zeit Präsident des Internationalen Auschwitz-Komitees, sagte einmal: „Das Wesen der Demokratie besteht zwar darin, dass die Mehrheit regiert, doch ihr Ethos besteht darin, dass die Rechte von Minderheiten geschützt werden.“ Offenbar sollen demnächst für manche Minderheiten die Rechte völlig abgeschafft werden, so dass es sie in Deutschland nicht oder kaum mehr gibt.

Vor dem Haus, in dem wir wohnen, liegen Stolpersteine, die an die Geschehnisse während des Holocaust auch in dieser deutschen Straße erinnern. Ich gehe hinunter, stelle eine weiße (windgeschützte) Kerze auf und lege weiße Rosen dazu. Eine winzige, fast unscheinbare Aktion. Einfach. Ohne Risiko. Ohne größere Bedeutung. Vom Balkon aus sehe ich dann, dass ein Vater mit seiner kleinen Tochter vorbeiläuft. Er hat es eilig und will weiter. Das Kind bleibt stehen und fragt den Vater, warum hier Blumen auf der Straße liegen und eine Kerze brennt. Es sieht so aus, dass der Vater versucht, es seiner Tochter zu erklären. Ich verstehe nicht genau, was er zu ihr sagt. Aber ich denke: Immerhin

Eine Resonanz

Lutz van Dijk antwortet auf den Brief von Rudolf Leiprecht

Lieber Rudi,

ich empfinde Deine ehrlichen Gedanken als ein Geschenk. Hab` Dank fürs Teilen!

Du fragst: „*Und was soll ich auch sagen? Es ist immer zu wenig, nur provisorisch, irgendwie unangemessen.*“

Aber Du benennst es: Die Trauer über eine Wirklichkeit, von der wir dachten, sie nie in unserem Leben erfahren zu müssen. Sie sollte Vergangenheit sein. Eine schreckliche Vergangenheit, aber doch überwunden, be- oder gar verarbeitet.

Und darin liegen zuerst meine Trauer, mein Entsetzen, meine Wut und zuweilen meine Verzweiflung: Plötzlich erleben wir, wie neue Mehrheiten von Menschen zunehmend überzeugt sind, dass sie sich besser fühlen, wenn sie andere erniedrigen und ausgrenzen.

Das Schlimme sind ja nicht allein D. Trump oder A. Weidel, sondern die Millionen (Milliarden?), die ihnen zujubeln. Ja, und auch die (Einfluss-) Reichen wie E. Musk und M. Zuckerberg, die für sie Reklame machen.

Sondernewsletter „Rassismuskritische Migrationspädagogik“

Weißt Du noch, wie wir früher nicht verstehen konnten, wie eine Mehrheit von Menschen in Deutschland einem schreienden Diktator wie A. Hitler zujubeln konnte? Plötzlich sehen wir es. Nicht nur im US-Capitol vor einer Woche, als Mehrheiten gebildeter und wohlhabender Menschen einem alten bitteren Mann stehende Ovationen gaben, der dazu aufrief, arme, geflüchtete, queere, oft bereits ohnehin Ausgegrenzte endgültig wegzutreten. Wie eine Rede voller Hass, Egoismus, Arroganz und rechtsnationalistischer Parolen begeistert aufgenommen wurde.

Lieber Rudi, wir sind eine Generation, kommen beide aus einer deutsch-niederländischen Familie, sind seit Jahrzehnten für Vielfalt und Integration von Minderheiten engagiert, gemeinsam mit unseren Partner*innen Helma und Perry – all das ist mehr als „immerhin“. Es sind unsere Leben.

Was sich jetzt vor unseren Augen nah und fern abspielt ist furchtbar, aber es bedeutet auch: Wofür wir ein Leben lang einstanden, hat sich nun zu bewähren. Wir dürfen keine ‚Schönwetter-Demokraten‘ bleiben, sondern müssen jetzt (!) auch bei Gegenwind (und Sturm und Nebel) den Mund aufmachen, wo immer wir können. Ohne Garantie auf Erfolg (an den wir so fest glaubten), mit Risiken missverstanden zu werden – und ja, auch attackiert von jenen, die ihre neuen Helden gefunden haben (selbst unter Verleugnung eigenen Lebens wie A. Weidel ihr Lesbischsein und ihre Frau aus Sri Lanka).

Ein ermutigendes Beispiel war vor wenigen Tagen die US-amerikanische Bischöfin Mariann Edgar Budde, die in ihrer Kirche in Washington dem anwesenden D. Trump und seinem Mitläufer J.D. Vance ins Gesicht sagte, wie unmenschlich ihre Politik ist – und ihn um „Erbarmen“ bat (siehe auch <https://taz.de/Gegenwehr-gegen-Donald-Trump!/6060145/>, bzw. die gesamte Predigt via google).

Das können wir auch. Ja, das müssen wir auch. Und Du tust es bereits, lieber Rudi: Mit der Kerze und den weißen Rosen neben dem Stolperstein vor Eurem Haus. Mit dieser Mail an uns alle.

Zuletzt noch dies: Bisher gibt es meist nur spontane Demos, aber noch nicht eine neue stabile Bewegung gegen den neuen Rechtsextremismus, ja nicht einmal eine neue Friedensbewegung. Nach vier Jahren als Korrespondent für die taz aus Südafrika erfuhr ich zunehmend Kritik von ehemaligen ‚Friedensfreund*innen‘ für meine pazifistische Grundhaltung. Das ist okay. Wir müssen nicht in allem einer Meinung sein, um gegen den neuen Rechtsextremismus aufzustehen. Bischöfin Budde bat nicht ihre Kirche um Zustimmung, bevor sie aussprach, wovon sie überzeugt war, dass es unbedingt notwendig war.

Bitte verzeih, dass meine Antwort so lang geworden ist. Ich las Deine guten Gedanken zuerst spät gestern Abend, als ich müde von einer Veranstaltung aus dem Holocaust & Genocide Centre hier in Kapstadt kam. Dann wachte ich mitten in der Nacht auf und wusste, was ich gern mit Dir teilen wollte.

Sehr herzlich, Lutz

www.lutzvandijk.com

Weitere Kampagnen und Aufrufe

#ihrhabtangefangen #EinTagOhneUns

Offener Brief

Ein offener Brief an alle im Bundestag vertretenen und zur Bundestagswahl 2025 antretenden Parteien zu den Wahlkampfthema Migrationspolitik, der hier gebrauchten rassistischen Rhetorik und zum dehumanisierenden Begriff ‚Remigration‘. Viele Organisationen, die der Migrationsgesellschaft positiv gegenüberstehen, haben den offenen Brief in Form einer Petition unterschrieben. Es kann immer noch unterschrieben werden. Unsere Empfehlung: Unbedingt tun!

Zum Offenen Brief

www.change.org/p/offener-brief-ihrhabtangefangen-eintagohneuns?signed=true

Für ein politische Orientierung an Fakten und der historischen Verpflichtung auf die Menschenrechte

Ein Aufruf von FG DeKolonial e.V.

Verschiedene wissenschaftliche Vereinigungen der Forschung zu Migration, Integration, Rassismus und Menschenrechten warnen anlässlich der Bundestagswahl 2025 eindringlich vor den Folgen einer Politik, die zunehmend grundlegende Menschenrechte missachtet und sich immer weniger an wissenschaftlichen Erkenntnissen orientiert.

Zum Beitrag

<https://fg-dekolonial.com/2025/02/06/fuer-eine-politische-orientierung-an-fakten-und-der-historischen-verpflichtung-auf-die-menschenrechte/>

Pass(t) uns allen – Kampagne für ein gerechtes Staatsbürgerschafts-, Einbürgerungs- und Wahlrecht

Ein breites Bündnis setzt sich mit dieser Kampagne für ein gerechtes Staatsbürgerschafts-, Einbürgerungs- und Wahlrecht ein: „Wenn Menschen, die seit Jahren hier leben oder hier geboren sind, nicht vor Abschiebung geschützt sind, nicht wählen dürfen und in ihrem Alltag zahlreichen Beschränkungen unterliegen, ist das nicht nur ungerecht, sondern auch ein massives Demokratiedefizit!“ Es kann immer noch unterschrieben werden.

Zur Kampagne

<https://passtunsallen.de>

Für eine evidenzbasierte, rationale Kriminalpolitik

Stellungnahme vom 03. 01.2025

Strafrechtler*innen und Wissenschaftler*innen, die sich angesichts der aktuellen gesellschaftlichen Debatte für eine rationalere, evidenzbasierte Kriminalpolitik einsetzt: „Ein sachlicher, wissenschaftlich fundierter Umgang mit Kriminalität ist (...) essenziell, um wirksame, nachhaltige und verfassungskonforme Lösungen zu entwickeln.“

Zur Stellungnahme

<https://verfassungsblog.de/fur-eine-evidenzbasierte-rationale-kriminalpolitik/>

Quelle: www.verfassungsblog.de

Schäbig und rechtswidrig: Gesetzentwurf zur Abschaffung des Familiennachzugs

Ein Beitrag von Pro Asyl vom 30.01.2025

Im Beitrag, in dem die Ereignisse der letzten Wochen im Bundestag beschrieben und kritisiert werden und insbesondere darauf hingewiesen wird, dass der dort diskutierte Verbot des Familiennachzugs menschenrechtswidrig und nicht nur für die Betroffenen dramatisch ist, sondern ein zusätzliches ‚Integrationshindernis‘ ist.

Zum Beitrag

www.proasyl.de/news/schaebig-und-rechtswidrig-gesetzentwurf-zur-abschaffung-des-familiennachzugs/

Quelle: Kompass-AntiRa-Newsletter Nr. 131, www.antira-kompass.info

Texte

Soll ich in Ostdeutschland bleiben, brauche ich ein Rassismusbegrenzungs-gesetz

Ein Kommentar von Mamad Mohamad vom 06.02.2025

Ein bewegender und zugleich sehr persönlicher als auch politischer Text unseres Kollegen Mamad Mohamad. Kein Tag vergeht seit dem Anschlag in Magdeburg, an dem er keine Drohung erhält. Er warnt: Wird nichts gegen die rassistischen Anfeindungen getan, könnte die rechtsextreme Fantasie der „Remigration“ Realität werden. Sein Beitrag beginnt mit einer Frage seiner 15-jährigen Tochter: „Wenn es schlimmer wird und wir aus Deutschland wegmüssen, wohin wollen wir denn überhaupt gehen?“

Zum Kommentar

www.freitag.de/autoren/der-freitag/soll-ich-in-ostdeutschland-bleiben-brauche-ich-ein-rassismusbegrenzungs-gesetz

Quelle: www.freitag.de

Trumpismus made in Germany

Ein Text der beiden Migrationsforscherinnen Valeria Hänsel und Sabine Hess

Der Beitrag befasst sich damit, wie die Migrationspolitik zum Einfallstor eines autoritären Staatsumbaus wird und dabei die aktuellen Entwicklungen in Deutschland analysiert: „Kurz vor den Bundestagswahlen ist es höchste Zeit zu verstehen, dass nicht die plurale Gesellschaft der Feind ist und dass dieser auch nicht an den deutschen Grenzen steht, um hier Asyl zu suchen. Die Gefahr für Menschenrechte und Demokratie kommt von innen. Von der autoritären Sehnsucht eines leider wachsenden Teils der Bevölkerung, der sich durch Alice Weidel, Donald Trump oder Friedrich Merz vertreten sieht.“

Zum Beitrag

www.medico.de/blog/trumpismus-made-in-germany-19948

Quelle: www.medico.de

Die Lehren von Auschwitz: Das Versprechen von Schutz und Rechtsstaatlichkeit

Beitrag des Flüchtlingsrates Niedersachsen vom 23. 01 2025

Der Flüchtlingsrat Niedersachsen erinnert an die Lehren von Auschwitz: „Nie wieder soll die staatliche Gewalt in Deutschland Menschen ihrer Würde berauben. Und nie wieder sollen diejenigen, die aus ihrem Land flüchten müssen, vor verschlossenen Grenzen stehen.“ Er appelliert an die politischen Parteien, diese Lehren auch in der aktuellen politischen Praxis hochzuhalten: „Das Versprechen auf Schutz vor Verfolgung, das Recht auf ein individuelles Asylverfahren und das Versprechen auf Rechtsstaatlichkeit – auch im Umgang mit Nichtdeutschen – drohen in der politischen Debatte mehr und mehr in Vergessenheit zu geraten.“

Zum Beitrag

www.nds-fluerat.org/61481/aktuelles/die-lehren-von-auschwitz-das-versprechen-von-schutz-und-rechtsstaatlichkeit/

Quelle: Kompass-AntiRa-Newsletter Nr. 131, <https://antira-kompass.info/newsletter>

Friedrich Merz fällt auf den Psychotrick der AfD herein

Kolumne von Christian Stöcker vom 02.02.2025

Der Journalist Christian Stöcker liefert zur aktuellen Debatte um Migration Argumente und Daten, die zeigen, wie falsch es ist, in pauschalisierender Weise Migration als Bedrohung, Menschen mit Migrationsgeschichte als gefährlich und Migration deshalb als Sicherheitsproblem zu behaupten. Die Übernahme dieser Diskursausrichtung durch die demokratischen Parteien ist der „eigentliche Erfolg der AfD“: „Es bleibt falsch, wird aber auch von Journalistinnen reproduziert“, so Stöcker. „Wie wird Deutschland wieder sicher?“, fragte Caren Miosga unlängst ihren Studiogast. „Die richtige Antwort lautet: Deutschland ist sehr sicher.“ Stöcker betont, dass es „keinen Zusammenhang zwischen Herkunft und Gewalt“ gibt.

Zur Kolumne

www.spiegel.de/wissenschaft/mensch/migration-friedrich-merz-faellt-auf-den-psychotrick-der-afd-herein-a-f76a4721-bc6f-4a5e-aff8-845eaa45c058

Quelle: www.spiegel.de

Aus dem Abseits in die Mitte der Demokratie - Die Normalisierung der radikalen Rechten im Bundestag und ihre Konsequenzen

Ein Kommentar von Tarik Abou-Chadi vom 1. Februar 2025

Auch Tarik Abou-Chadi (Associate Professor of European Politics am Nuffield College der University of Oxford) arbeitet in seinem Beitrag heraus, dass die Normalisierung von inhaltlichen Positionen der radikalen Rechten in vollem Gang und höchst problematisch ist: „Ihre größere Akzeptanz führt bereits zu einer Erosion basaler Prinzipien der liberalen Demokratie. Indirekt, weil andere Parteien zunehmend vor inklusiver Politik zurückschrecken, weil Grundrechte und rechtstaatliche Prinzipien in Frage gestellt werden, weil Bekenntnisse zur liberalen internationalen Ordnung ausbleiben. Direkt, weil sich Kräfte Rechtsaußen ermächtigt fühlen. Es folgen zunehmende Bedrohungen, Einschüchterungen und Gewalt gegen Minderheiten und diejenigen, die sich für eine andere Politik einsetzen.“

Zum Kommentar

<https://verfassungsblog.de/aus-dem-abseits-in-die-mitte-der-demokratie/>

Quelle: www.verfassungsblog.de

Jenseits geltenden Rechts

Expertise zu den aktuellen migrationspolitischen Vorschlägen der CDU

Winfried Kluth, Professor für Öffentliches Recht an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, kommentiert die Geschehnisse im deutschen Bundestag, befasst sich mit dem sog. „Fünf-Punkte-Plan“ der CDU/CSU-Fraktion und weist darauf hin, dass die rechtliche Dimension des Antrags noch zu wenig diskutiert wird: „Der Antrag wirft nicht nur grundlegende Fragen etwa in Bezug auf die dauerhafte Inhaftnahme

ausreisepflichtiger Personen auf, sondern erhebt sich in Teilen offen über geltendes Recht.“

Zum Beitrag

<https://verfassungsblog.de/funf-punkte-plan/>

Quelle: www.verfassungsblog.de

Migration und Demokratie - Ein Kommentar aus Sicht der Migrationsforschung

Von Manuela Bojadžijev, Ivo Eichhorn, Serhat Karakayali und Bernd Kasperek in der taz vom 09.02.2025

Die Themen Flucht und Asyl beherrschen den Wahlkampf. Doch statt die Realität der Migrationsgesellschaft zu bekämpfen, braucht es eine neue Form der Bürgerschaft. Ein Kommentar aus Sicht der Migrationsforschung

Zum Beitrag

<https://taz.de/!6065675/>

Quelle: www.taz.de

Migration im Wahlkampf krass überbewertet

Blog-Beitrag bei Diakonie Deutschland vom 28. Januar 2025

In seinem Blog fordert Johannes Brandstätter (Diakonie Deutschland), dass anstatt „die Migration zur Mutter aller Probleme zu stilisieren, und damit völlig überzogene Erwartungen an Migrationspolitik zu schüren (...), über die Fährnisse des Alltags gestritten werden sollte: (...) Wie finanzieren wir mehr Personal für Kitas und Schulen, mit Griff in welche Töpfe modernisieren wir die Infrastruktur, mit welchen sozial gerechten Reformen erhalten wir unser leistungsfähiges Gesundheitssystem, aber auch: bei welchen Aufgaben soll es dagegen zu Einsparungen kommen? Ohne Ausbremsung der Schuldenbremse wird es nicht gehen, aber es braucht mehr: Welche der umfangreichen Paragrafenwerke im Aufenthaltsrecht und in allen anderen Rechtsbereichen können vereinfacht werden, damit es nicht 15 Jahre dauert, bis eine stillgelegte Bahnlinie wieder in Betrieb genommen wird, oder damit ein Betrieb nicht im Verwaltungsaufwand erstickt, der Schutzsuchenden eine Ausbildung ermöglichen will?“

Zum Blog

www.diakonie.de/informieren/blog/johannes-brandstaeter/2025/migration-im-wahlkampf-krass-ueberbewertet

AfD, heimlicher Wunsch der Mehrheitsgesellschaft

Ein Kommentar von Kiflemariam Gebre Wold im migazin vom 21.01.2025

Die Wahlerfolge der AfD sind keine Überraschung. Die Gründe liegen nicht am rechten Rand, sondern in der Mitte – Gesellschaft, Politik und Staat Hand in Hand.

Zum Kommentar

www.migazin.de/2025/01/21/afd-heimlicher-wunsch-der-mehrheitsgesellschaft/

Quelle: www.migazin.de

Zwischen Migrationsabwehr und Arbeitskräftemangel. Anmerkungen zur aktuellen Debatte

Beitrag von Peter Birke und Janika Kuge vom 27. Januar 2025

Die aktuelle Migrationsdebatte überschreitet immer mehr die Grenzen des bislang Denkbaren. Mit einem Fünf-Punkte-Programm will die CDU/CSU nicht nur die letzten Spuren des Humanismus aus der Flüchtlingspolitik beseitigen, sie droht zudem in dieser Frage offen mit einem Pakt mit Rechtsaußen. Zeit, darauf hinzuweisen, dass die soziale Infrastruktur ebenso wie die kapitalistische Wirtschaft hierzulande von der Ausbeutung migrantischer Arbeitskraft abhängt. Aber kann das Argument der „Nützlichkeit“ von Migration wirklich dabei helfen, die laufende Eskalation des Rassismus zurückzudrängen?

Zur Vorveröffentlichung von Heft 38 von Sozial.Geschichte Online

<https://sozialgeschichte-online.org/category/vorveroeffentlichungen/>

Meldungen

„Problem der psychischen Erkrankungen ein Stück weit hausgemacht“

Beitrag von David Schiefer vom Deutschen Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung (DeZIM) im migazin vom 26.01.2025

Der Messerangriff in Aschaffenburg hat eine weitere Asyldebatte angestoßen. Psychologe Schiefer erklärt im Gespräch, warum sie kontraproduktiv ist, welche Rolle Medien dabei spielen und welche Faktoren solche Gewalttaten begünstigen. Der Psychologe kritisiert die Muster migrationspolitischer Debatten, die sich nach Gewalttaten von Migranten wie in Aschaffenburg wiederholen. Sie seien kontraproduktiv, weil Verschärfungen im Asylrecht den psychischen Druck auf Menschen erhöhten. Das sei allein noch kein hinreichender Auslöser für Gewalt, trage aber dazu bei. Es sei aber möglich, durch andere Maßnahmen die Zahl solcher Taten zu senken.

Zum vollständigen Artikel

www.migazin.de/2025/01/26/psychologe-asyldebatte-problem-erkrankungen-stueck-hausgemacht/#:~:text=

Quelle: www.migazin.de

„Große Defizite“ - Betreuung von traumatisierten Flüchtlingen reicht nicht

Expertise der Psychiaterin Barbara Wolff im migazin vom 27.01.2025

Die Psychiaterin Barbara Wolff vom Vorstand der Bundesweiten Arbeitsgemeinschaft Psychosozialer Zentren für Flüchtlinge und Folteropfer, hat das „Gros der Menschen“, das nach Deutschland flüchtet, traumatische Erfahrungen gemacht. Die Quote liege bei etwa 75 bis 80 Prozent, etwa 30 Prozent der Flüchtlinge litten unter einer Posttraumatischen Belastungsstörung (PTBS). Bei der [Versorgung von traumatisierten Flüchtlingen](#) in Deutschland sieht Wolff „große Defizite“. Es gebe in Deutschland bislang 48 psychosoziale Zentren für Menschen, die vor Krieg und Folter geflüchtet seien. Diese Zahl sei zu gering.

Zum vollständigen Artikel

www.migazin.de/2025/01/27/grosse-defizite-betreuung-von-traumatisierten-fluechtlingen-reicht-nicht/

Quelle: www.migazin.de

„Der Schaden ist bereits entstanden“

Gespräch mit Eva von Keuk, Psychosoziales Zentrums für Geflüchtete Düsseldorf (PSZ) im migazin vom 05.02.2025

Die Debatte über Zuwanderungsbegrenzung in Folge der Anschläge von Magdeburg und Aschaffenburg sie die falsche Debatte und zudem unethisch, sagt die Psychotherapeutin [Eva van Keuk](#), Vorständin des Psychosozialen Zentrums für Geflüchtete Düsseldorf (PSZ), im Gespräch. Das Problem der psychischen Störungen unter Flüchtlingen lässt sich ihr zufolge relativ einfach beherrschen, doch die Debatte verschlimmere es.

Zum vollständigen Artikel

www.migazin.de/2025/02/05/psychologin-zu-migrationsdebatte-schaden-ist-bereits-entstanden/

Quelle: www.migazin.de

Zu den CSU-Plänen zum Umgang mit psychisch Kranken

Artikel im migazin vom 27.01.2025

Weil der mutmaßliche Täter von Aschaffenburg wohl psychisch krank ist, hat Ministerpräsident Söder angekündigt, Gesetze schärfen zu wollen. Daran gibt es nun deutliche Kritik des Bundesverbandes der Angehörigen psychisch erkrankter Menschen (BApK).

Zum vollständigen Artikel

www.migazin.de/2025/01/29/kritik-csu-plaenen-umgang-kranken/

Quelle: www.migazin.de

Mehr politisch motivierte Straftaten gegen Flüchtlingsheime

Artikel im migazin vom 02.02.2025

Im vergangenen Jahr gab es einen deutlichen Anstieg rechtsextremer Straftaten gegen Flüchtlingsheime. Ataman nennt die aktuelle Debatte über Migration „verstörend“. Die Abstimmung mit der AfD verunsichere die Bevölkerung, warnt sie. Wissenschaftler sind alarmiert.

Zum vollständigen Artikel

www.migazin.de/2025/02/02/mehr-politisch-motivierte-straftaten-gegen-fluechtlingsheime/

Quelle: www.migazin.de

Chancen für AfD-Verbot in Karlsruhe

Expertise des Deutschen Institut für Menschenrechte im migazin vom 23.01.2025

Das Deutschen Institut für Menschenrechte sieht die Voraussetzungen für ein Verbot der AfD erfüllt. Bereits in einer [Analyse vom Juni 2023](#) hatte das Institut die Auffassung vertreten, dass die Partei aufgrund „ihrer Gefährlichkeit für die freiheitliche demokratische Grundordnung“ durch das Bundesverfassungsgericht verboten werden könnte. „Die Partei hat sich seither weiter radikalisiert“, heißt es in der Mitteilung des DIMR.

Zum vollständigen Artikel

<https://www.migazin.de/2025/01/23/verbotsantrag-bundestag-menschenrechtsinstitut-chance-afd-verbot-karlsruhe/>

Quelle: www.migazin.de

10 Punkte Plan – Humanität durch Sozialstaat

Antwort der Grünen Jugend auf den 10-Punkte-Plan von R. Habeck, 5. Februar 2025

Als Reaktion auf die „Sicherheitsoffensive“ von Robert Habeck (10-Punkte-Plan) reagiert die grüne Partei Jugend mit einem eigenen Papier und widerspricht. Die Gründe Jugend legt den Fokus nicht auf ‚Sicherheit‘, sondern auf Sozialstaat, Prävention und Humanität.

Zum Beitrag

<https://gruene-jugend.de/2025/02/05/10-punkte-plan-humanitaet-durch-sozialstaat/>

Die AfD als Aussteller auf Europas größter Bildungsmesse

Kritik von teachers für future

Das Leitthema der didacta – Europas größter Bildungsmesse in Stuttgart – ist in diesem Jahr ist Demokratiebildung. Trotzdem hat der Veranstalter keine Probleme damit, dass die AfD dort auftritt.

Zum Beitrag

www.news4teachers.de/2025/02/eine-messe-ist-keine-zensurbehoerde-die-afd-ist-in-diesem-jahr-hauptaussteller-auf-der-didacta/

Quelle: news4teacher – Das Bildungsmagazin, vom 1.2.2025

Weiterführende Quellen

Folgende Quellen kursieren im Netz. Wir danken den unbekanntem Kolleg*innen für die Zusammenstellung.

Der Real-O-Mat

Er schaut nicht auf die Wahlversprechen, sondern gleicht das tatsächliche Abstimmungsverhalten der Fraktionen und Gruppen zu aktuellen politischen Themen mit Ihrer persönlichen Position ab. Grundlage sind dabei Anträge und Gesetzentwürfe im Bundestag.

Zum Real-o-mat

<https://real-o-mat.de/>

WAHLTRAUT

Welche Parteien setzen sich wirklich für Gleichberechtigung ein? Die Antwort darauf kennt WAHLTRAUT - die Wahlberaterin für die Bundestagswahl 2025. WAHLTRAUT funktioniert wie der Wahl-O-Mat, setzt jedoch den Fokus auf feministische und gleichstellungspolitische Themen

Zur Website

<https://wahltraut.de/>

Argumente gegen typische Vorurteile

Viele Menschen stellen sich rassistischer Stimmungsmache entgegen. Um sie zu unterstützen, hat die Amadeu-Antonio-Stiftung auf den folgenden Seiten Argumente und Fakten für eine sachliche Diskussion zusammengetragen – in inzwischen dritter, überarbeiteter Auflage. Im Anschluss gibt es einige Tipps, wie man sich weiter für das Recht auf Asyl engagieren kann.

Zur Argumentationshilfe

www.amadeu-antonio-stiftung.de/w/files/pdfs/pro_menschenrechte_contra_vorurteile_2017.pdf

Argumente gegen rechten Populismus

Jede rechtspopulistische Aussage, die nicht widersprochen wird, verstärkt den Eindruck, dass wir diese Aussagen akzeptieren oder ihnen zustimmen. So werden Menschen- und Demokratiefreundlichkeit normalisiert, marginalisierte Gruppen gefährdet und Vertrauen in solidarische Miteinander und politische Zukunftsfähigkeit zerstört.

Zur Argumentationshilfe

www.kleinerfuenf.de/gesprachstips-und-argumentationsleitfaeden

Argumente gegen die AfD

Die folgenden Seiten sollen zum Weiterlesen, Nachdenken und Diskutieren anregen, denn: Wer sich mit Rechtsextremismus auseinandersetzen will, sollte nicht bei der AfD

stehen bleiben. Es braucht eine Debatte darüber, was Demokratie ausmacht, und wie wir Solidarität und Teilhabe in der Gesellschaft leben können.

Zur Broschüre

https://weiterdenken.de/sites/default/files/2024-11/zur-sache_2024_web.pdf

Strategien gegen Stammtischparolen

Wer mit Stammtischparolen konfrontiert wird, reagiert oft ernüchtert oder gar resigniert. Sollte man daher solchen Gesprächen nicht lieber ausweichen? Man hat ja sowieso keine Chance, regt sich nur auf, riskiert gar eine Eskalation. Doch es gibt zu verschiedenen Situationen eine bewährte Strategie, welche dagegen helfen kann

Zum Strategieguid

<https://konterbunt.de/strategieguide/>

Zahlen zu Sicherheit und Migration

In Zeiten des Wahlkampfes, in denen rassistische Hetze an der Tagesordnung ist, sind hier einige Fakten, die gegen Fehlinformationen und Manipulationen sprechen. Wir sind nicht an der Nützlichkeit der Menschen interessiert, sondern nur daran, die Mythen der Rechten zu widerlegen. Die Informationen auf den Slides stammen aus einem LinkedIn-Beitrag, der von Martha A. Dudzinski von [@swansinitiative](#). Der Beitrag, einschließlich aller Quellen und Links, ist in unserer Bio zu finden. Lasst euch nichts einreden - und nutzt Zahlen, wo immer etablierte Lügen rassistische Politik rechtfertigen sollen. [#btw2025](#)

Zum Instagram-Beitrag

www.instagram.com/p/DFsTTGmo_aC/?igsh=enlvNjQycmZoZGZw

Bildungsstätte Anne Frank zur Einordnung der BSW

BSW-Anhänger*innen teilen oft rechtsextreme Positionen und haben einige Gemeinsamkeiten mit AfD-Wähler*innen. BSW inszeniert sich immer wieder als Alternative zur AfD. Doch wie verhält sich das BSW zur AfD? Und was für ein Weltbild steht hinter der „linkskonservativen“ Partei?

Zur Einordnung

https://www.bs-anne-frank.de/fileadmin/content/Blog/BSW_im_BTW_.pdf

Wann beginnt Faschismus?

Ist Trump ein Faschist? Steht Musk für einen Tech-Faschismus? Ist die FPÖ eine faschistische Partei? Rechtsextreme Politiker*innen und öffentliche Figuren erhalten beängstigend viel Zuspruch. Darüber, ob man sie als Faschist*innen bezeichnen kann, herrscht in Wissenschaft und Presse Uneinigkeit. Um diese Frage zu beantworten, müssen wir verstehen, wo Faschismus anfängt - und dass es sich dabei nicht um ein plötzliches Ereignis handelt, sondern um einen schleichenden Prozess.

Zum Instagram-Beitrag

https://www.instagram.com/p/DFZuoo-tobt/?img_index=1

Argumente explizit gegen die AfD

Deshalb hat das Bündnis „Aufstehen gegen Rassismus“ neue Flyer erstellt, in denen es auf 6 Seiten jede Menge Argumente für eure Diskussionen in der Familie, in Bekanntenkreis, mit Kolleg*innen etc. zusammengestellt haben: Es beleuchtet die Ziele sowie die Ideologie der Partei und stellt Perspektiven für antifaschistische Gegenwehr vor. Darüber hinaus wirft es Schlaglichter auf einige der Kandidierenden der AfD und insbesondere auf ihre Spitzen- und Kanzlerkandidatin Alice Weidel.

Zur Website

<https://www.aufstehen-gegen-rassismus.de/>

Reader der RosaLux Stiftung zu Gesprächsstrategien gegen rechte und diskriminierende Aussagen

Ob als betroffene Person oder als Zeug*in einer diskriminierenden Aussage – wir haben es mit komplexen Anforderungen zu tun, wenn wir hier dagegenhalten wollen: Wie kann ich mit rechten und diskriminierenden Positionen und Sprüchen klar und angemessen umgehen? Wann ist es sinnvoll, mit meinem Gegenüber zu diskutieren, wann nicht? Welche Argumentations- und Gesprächstechniken sind in der konkreten Situation hilfreich? Wie kann ich mich oder meine solidarische Perspektive hier verteidigen? Doch eines gilt: Für welche Strategie wir uns auch entscheiden: Jede klare Reaktion ist besser als keine!

Diese Broschüre richtet sich an alle, die in solchen Situationen souverän einschreiten und für ein solidarisches Miteinander eintreten wollen.

Zur Handreichung

<https://www.rosalux.de/publikation/id/37599/widersprechen-und-sich-positionieren>